

IBiS - Inklusive Bildungslandschaft Süd - die Parkstadt Süd wird inklusiv

1. Integrierte Stadtteilentwicklung

Als Parkstadt Süd soll bis etwa 2030 in Köln ein citynaher neuer Stadtteil entstehen. Zum einen wird dabei mit einer tangential zum Eisenbahndamm von der Luxemburger Straße bis zum Rheinufer verlaufenden Parkfläche der innere Grüngürtel in der linksrheinischen Stadthälfte geschlossen werden. Zum zweiten wird eine Fülle neuer Gebäude zu gewerblicher und kultureller Nutzung sowie vor allem als Wohnhäuser entstehen.

Es sollte angestrebt werden, dass diese Wohnbebauung mit ihren preislichen Gegebenheiten die Chance zur Entwicklung einer sozial durchmischten Quartiersbevölkerung bietet, die das gesamte gesellschaftliche Gefüge der Stadt abbildet. So geht es darum, in der Parkstadt Süd einen über 30 % liegenden Anteil öffentlich geförderten Wohnraums zu schaffen. In Verbindung mit anspruchsvoller architektonischer Gestaltung soll so ein städtisches Lebensumfeld entstehen, in dem sich eine hohe Stadt- und Stadtteilidentität mit intensiven interaktiven Beziehungen in der Bevölkerung herausbilden kann.

Dies setzt voraus, dass von vornherein alle Planungsprozesse für die Parkstadt Süd nicht sektoral isoliert, sondern ganzheitlich und unter Bürgerbeteiligung ausgerichtet werden. Eine solche integrierte Stadtteilentwicklung muss alle sozialen Belange ebenso wie städtebaulich strukturelle, verkehrs- und umweltbezogene, kulturelle sowie alle lokalen Bedingungen der Daseinsfürsorge in lokaler und regionaler Gesamtheit in den Blick nehmen¹.

Ein hoher Stellenwert kommt in diesen Zusammenhängen dem Bildungswesen der Parkstadt zu. Auch dieses darf nicht isoliert, als schlichtes Nebeneinander von Schulen und Kindertagesstätten, begriffen werden. Vielmehr sind die Bildungseinrichtungen des Stadtteils als Kern einer neu entstehenden Bildungslandschaft zu verstehen.

2. Inklusives Leitbild für die Parkstadt Süd

Mehrfach wurde in den bisherigen Planungs- und Diskussionsprozessen zur Parkstadt Süd deutlich, dass in der Entstehung und der Lebenspraxis des neuen Stadtteils Inklusion² eine bedeutende Rolle spielen wird. Für die hier vorgestellte Inklusive Bildungslandschaft Süd - IBiS - wird dies in besonders hohem Maße der Fall sein. Dabei erschöpft sich die Reichweite der Inklusivität nicht, wie es gängiger Sicht entspräche, auf die Belange von Menschen mit Behinderung. Vielmehr ist der Rahmen bereits im "Inklusionsplan für Kölner Schulen" erheblich weiter gesteckt:

*Dieses Konzeptpapier (verfügbar unter www.attac-bildung-erziehung.de) liegt auch der „Initiative: mehr Gesamtschulen in Köln (I:mgik)“ zur Abstimmung vor. Der Arbeitskreis ak:be von attac Köln und I:mgik sind Gründungsmitglieder und aktiver Teil des „Bürgernetzwerks Südliche Innenstadterweiterung - www.büsie.de“.

"Der Begriff der Inklusion wird grundsätzlich in einem alle Kinder umfassenden Sinne verstanden: nicht ausschließlich das gemeinsame Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf, sondern die Entwicklung individualisierten Lernens aller Schülerinnen und Schüler - also auch unter Berücksichtigung von Hochbegabung, Gender, Migrationshintergrund etc. sind in den Blick zu nehmen."³

Dieses Inklusionsverständnis reicht über Kinder und Bildungseinrichtungen hinaus⁴. Letztendlich handelt es sich um ein gesellschaftliches Projekt, mit dem die Akzeptanz und Entwicklung inklusiver Denk- und Verhaltensweisen angestrebt wird. Es geht darum, dass mehr und mehr die gesellschaftliche Infrastrukturen und die Interaktion getragen werden von Diskriminierungsfreiheit, Toleranz, Respekt, Solidarität und Chancengleichheit: „Inclusion is about society“⁵.

So schwierig sich dieser Prozess für eine ganze Stadt mit all ihren gewachsenen und größtenteils starren Gegebenheiten und Widersprüchen unter den gegebenen lokalen und globalen Bedingungen ausnimmt, so groß ist doch die Chance, in einem vollständig neu entstehenden Stadtteil eine solche Orientierung anzulegen, hier also der Stadtteilentwicklung der Parkstadt Süd ein inklusives Leitbild zu Grunde zu legen. Dies erfordert Kommunikationsprozesse und -strukturen, die das gesamte Lebensumfeld im Stadtteil prägen. Einen zentralen Stellenwert soll in dieser Entwicklung die Inklusive Bildungslandschaft Süd, kurz: IBiS, einnehmen.

3. Bildungslandschaften - die IBiS

Mitunter gab es in der bundesweiten Entwicklung von Bildungslandschaften durch-aus fragwürdige Erscheinungen mit neoliberalen Zielsetzungen, wurden sie etwa als "Megatrend" oder ökonomisierend als "Standortfaktor erster Güteklasse"⁶ gepriesen. Dagegen ist hier ein fachliches und vorrangig pädagogisches Verständnis angestrebt: Bildungslandschaften als "langfristige, professionell gestaltete, auf gemeinsames, planvolles Handeln abzielende, kommunalpolitisch gewollte Netzwerke zum Thema Bildung, die - ausgehend von der Perspektive des lernenden Subjekts - formale Bildungsorte und informelle Lebenswelten umfassen und sich auf einen definierten lokalen Raum beziehen."⁷

Auf der Grundlage dieses Verständnisses soll die IBiS als multidimensionale Bildungslandschaft fungieren,

- in deren Rahmen durchgängig und umfassend das gesamte Angebot des neuen Stadtteils von Bildung, Erziehung, Jugendarbeit, Sport, pädagogischer Kultur und generationsübergreifender Erwachsenenbildung vernetzt und koordiniert wird.
- Die Verbindung von Schulgelände und öffentlichem Park soll eine mehrfunktionale Verzahnung von Bildungsangeboten und Freiraumentwicklung leisten.
- Die Vernetzung umfasst innerhalb der Parkstadt Süd die Kitas, Grundschulen, die Gesamtschule, Ganztagschulen, Bildungsangebote freier Träger,

Jugendeinrichtungen, Außenstellen der VHS und der Stadtbibliothek sowie weitere in der Zukunft bestehende Institutionen.

- Im Schulbereich spiegelt sich die grundlegende inklusive Orientierung der IBiS u.a. in der Tatsache, dass im Sekundarbereich keine Schulen des gegliederten Systems eingerichtet werden, da dieses System exkludierend wirkt und der Realisierung von Inklusion entgegensteht⁸. Anzustreben ist eine pädagogisch innovative Konzeption, die sich derzeit am ehesten in einer Gesamtschule realisieren lässt, die sich von den Zwängen segregierender Denkweisen und Elemente des gegliederten Systems weitestgehend befreit⁹.
- Über die Parkstadt Süd hinaus geht es um Kommunikation und Kooperation mit Bildungseinrichtungen und modellhaften Versuchen in angrenzenden Stadtteilen, u.a. städtische und private Schulen, Berufskollegs, Fach- und Fachhochschulen im Kölner Süden, Institutionen der Lehrerbildung. Dabei sollte an die zahlreichen vorhandenen Erfahrungen und Projekte auch im weiteren Kölner Raum angeknüpft werden.
- IBiS soll über den bildungsfachlichen Auftrag hinaus impulsgebend und koordinierend die soziale Interaktion im Stadtteil fördern.
- Ein IBiS-Organisations- und Koordinationszentrum soll als fachlich-pädagogischer Kern der Bildungslandschaft dienen und eingerichtet werden.
- IBiS soll Bestandteil des Kölner Netzwerks "Lernende Region - Netzwerk Köln e.V." und des Programms "Köln als kommunale Bildungslandschaft" werden.

Die IBiS ist demokratisch-humanistischen Bildungszielen verpflichtet. Sie wird ihre Aktivitäten darauf anlegen, dass alle beteiligten Institutionen als Orte lebendiger Begegnung flexibel genutzt werden können und zum Stadtteil offen agieren.

4. Architektur und IBiS

Wenn schon in der Vergangenheit weitgehend die architektonische Dürftigkeit und Vernachlässigung der Schulbauten wenig zur Motivation und zu den Lernerfolgen der Schülerinnen und Schüler beitrug, so ist diese Problematik ohne Gegensteuerung angesichts der Kölner Schulbaumisere und der unzureichenden personellen Ausstattung der städtischen Gebäudewirtschaft erst recht für das pädagogische Geschehen in Gegenwart und Zukunft gegeben¹⁰.

Dennoch: Die schulische Lehr-/Lernsituation ist in allen Schulformen – auch unabhängig vom Inklusionsanspruch – geprägt von großer Heterogenität und damit von dem Erfordernis verstärkter individueller Förderung, kooperativer Lernprozesse und Aktivierung. Damit einher gehen in zunehmendem Maße Sozialformen des Unterrichts, die jenseits der eingeschränkten Praxis des Frontalunterrichts liegen und stattdessen die Möglichkeit vielfach wechselnder Raumkonstellationen erfordern. Dieser Paradigmenwechsel in der Bildungsarbeit bringt veränderte Anforderungen an die Architektur von Lehr- und Lernräumen mit sich. "Das Schulgebäude muss Lernumgebungen für alle denkbaren Lernformen ermöglichen: von Selbstlernen bis Lernen in variierenden Gruppengrößen; jahrgangsbasiert als auch jahrgangsübergreifend. Das strenge Prinzip Flur-Klasse hat ausgedient. Schulen brauchen vielfältigere Lerngelegenheiten."¹¹

In der IBiS sind diese Anforderungen nicht nur auf die Schulen bezogen. Sie gelten in gleichem Maße für alle Institutionen der Parkstadt Süd, die mit pädagogischer Arbeit und Lehr-/Lernsituationen befasst sind. Es geht also um "Bildungsbauten im weitesten Sinne, die auch außerschulisch oder in Kooperationsprojekten genutzte Einrichtungen, Gebäude und Räumlichkeiten einschließen"¹². Schon für die Planungsphase des neuen Stadtteils ergibt sich somit das Gebot enger Kooperation zwischen Architekten, zukünftigen Nutzern und Verwaltung. Voraussetzung ist eine frühzeitige Entscheidung über die spätere inklusive Nutzung der zu planenden Gebäude.

5. Ausblick

Der optimistische Indikativ im Titel dieses Papiers kann nicht darüber hinweg täuschen, dass der hier skizzierte Aufbau der IBiS, einer multidimensionalen Bildungslandschaft für den Kölner Süden, zurzeit noch den Charakter einer Vision hat. Wenngleich diese sich vieler Sympathien erfreuen kann, ist der bevorstehende Planungsprozess für den gesamten neuen Stadtteil mächtigen Interessen ausgesetzt, deren Orientierung eher gegenläufig zu einer inklusiven Entwicklung gerichtet ist. Eher werden ökonomische Zielsetzungen in den Vordergrund drängen, die nicht nur im lokalen Kontext zu sehen sind. Im Maße ihrer Durchsetzung würde die Fortsetzung der Gentrifizierungsprozesse im Kölner Süden vorangetrieben, die Chance einer sozialen Durchmischung wäre gefährdet. Inklusionsschritte würden eher im Sinne des herkömmlichen Verständnisses auf den schulischen Raum und dort auf eine Orientierung am gegliederten und exkludierenden Schulsystem beschränkt.

Es ist notwendig, wirksame Kräfte für die Eingrenzung wirtschaftlicher und gentrifizierender Interessen zu mobilisieren. Dazu bedarf es einer aktiven und akzeptierten Bürgerbeteiligung. Das gesamte Planungsgeschehen und die realen baulichen Aktivitäten müssen transparent und für die öffentliche Diskussion offen gestaltet werden.

Es bedarf der realen Anwendung von drei Leitgedanken, die der Deutsche Städtetag 2013 formuliert hat:

- "• Partizipation als zentrales Element kommunaler Demokratie und integrierter Stadtentwicklung.
- Weiterentwicklung der kommunalen Beteiligungskultur zur Legitimation und breiten Akzeptanz von Planungen und Entscheidungen.
- Aktivierung aller gesellschaftlichen Gruppen, Chancengleichheit bei der Beteiligung."¹³

Damit würde ein demokratischer Grundstein für eine inklusive Entwicklung der Parkstadt Süd gelegt.

¹ Vgl. Positionspapier des Bürgernetzwerks. Online unter URL: [http:// www.buesie.de](http://www.buesie.de)

² Inklusion ist in diesem Konzeptpapier durchgehend vor dem Hintergrund einer gegenläufigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung von Inklusion und Exklusion gesehen.
vgl. Martin Kronauer (2010). Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart, Bielefeld 2010. Online unter URL:
http://www.pedocs.de/volltexte/2010/2626/pdf/Kronauer_Inklusion_Exklusion_historische_begriffliche_Anaeherung_2010_D_A.pdf.

Das insbesondere von der UN und Unesco eingeforderte normative und auch rechtlich verankerte Leitbild Inklusion steht im Gegensatz zur vorherrschenden exkludierenden, neoliberalen Politik der planmäßigen Destabilisierung und Zerstörung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der demokratischen Kultur und Organisationsformen zugunsten einer Optimierung der Verwertungsbedingungen privaten Kapitals.

Vgl. Jürgen Münch (2011). Die Durchsetzung des New Public Management (NPM) als übergreifendes Umsteuerungskonzept zur neoliberalen Okonomisierung der Öffentlichen Verwaltungen und Institutionen im deutschsprachigen Raum durch die Bertelsmann-Stiftung. Online unter URL: http://attac-bildung-erziehung.de/wp-content/uploads/2011/07/Durchsetzg_-NPM1.pdf

Die gesteuerte Entlastung privater Kapitalinhaber zu Ungunsten öffentlicher Mittel, die resultierende Unterfinanzierung und Entdemokratisierung öffentlicher Daseinsvorsorge kann insbesondere im Bildungsbereich als „Enteignung“ eines öffentlichen Gutes und dessen „Umdeutung als Ware“ zur privatisierten Gewinnoptimierung gekennzeichnet werden und ist wesentlich für die unzureichende Ausstattung des Bildungswesens insgesamt und dessen inklusiven Umgestaltung verantwortlich.

Vgl. AK:BE Rundbrief 28 von attac Köln Arbeitskreis Bildung und Erziehung, Oktober 2016; Online unter URL: www.attac-bildung-erziehung.de;

³

Inklusionsplan für Kölner Schulen - Entwicklung inklusiver Bildungslandschaften in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land, Drucksache 2017/2012, Köln 2012

⁴

vgl. Unesco (1994): The Salamanca Statement and Framework for Action on Special Needs Education. Online unter URL: http://www.unesco.org/education/pdf/SALAMA_E.PDF;

dtisch. Fassung online unter URL: http://www.unesco.at/bildung/basisdokumente/salamanca_erklaerung.pdf

⁵

Peter Miller. Working Towards Inclusive Education. Social Contexts. London 2000

⁶

Mario Tibussek. Lokale, kommunale und regionale Bildungsnetzwerke. Perspektiven für Kommunen, Schulen, Jugend-, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Remscheid 2012, S. 8. Online unter URL: http://www.kulturellebildung-nrw.de/cms/upload/pdf/WERKBUCH_04_Internet.pdf

⁷

Peter Bleckmann/Anja Durdel, (Hrsg.). Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 12

⁸

vgl. a. UN (2006): [UN-Convention on the Rights of Persons with Disabilities](http://www.un.org/disabilities/convention/conventionfull.shtml). (insbesondere Art. 24). URL: <http://www.un.org/disabilities/convention/conventionfull.shtml>; dtische. Fassung:

BRK- Behindertenrechtskonvention (2009). Online unter URL: <http://www.behindertenrechtskonvention.info>;

<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/?id=467>;

b. UN Committee on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD), General comment No. 4 (2016), Article 24: Right to inclusive education, 2 September 2016, CRPD/C/GC/4, available at:

<http://www.refworld.org/docid/57c977e34.html> [accessed 4 November 2016]

c. Brigitte Schumann. Keine Wahlrecht der Eltern auf Segregation; deutsche Pressestimme vom 16.9.2016 zum General comment No. 4. Online unter URL: <https://bildungsklick.de/schule/meldung/kein-wahlrecht-der-eltern-auf-schulische-segregation/>

d. AK:BE Rundbrief 28 von attac Köln Arbeitskreis Bildung und Erziehung, Oktober 2016; Online unter URL: www.attac-bildung-erziehung.de

⁹

Die Einrichtung eines Gymnasiums, bei dem der Geist und die segregierenden Folgen des gegliederten Systems am deutlichsten zum Ausdruck kommen, stände im krassen Widerspruch zum Anspruch einer inklusiven Bildungslandschaft. Dies gilt insbesondere in der derzeitigen desolaten Situation, in der die Umgestaltung nach G8 in der Systemlogik zu einer Lernstoff- und -Arbeitsverdichtung mit einer hohen und unpädagogischen Belastung aller Beteiligten geführt hat.

¹⁰ Vgl. bspw. Helmut Frangenberg. Vorzeigeprojekte und Sanierungsfälle. So steht es um die Schullandschaft in Köln. Kölner Stadt-Anzeiger v. 31.08.2016. Online unter URL: [http:// www.ksta.de/koeln/vorzeigeprojekte-und-sanierungsfaelle-so-steht-es-um-die-schullandschaft-in-koeln-24670758-seite2](http://www.ksta.de/koeln/vorzeigeprojekte-und-sanierungsfaelle-so-steht-es-um-die-schullandschaft-in-koeln-24670758-seite2)

¹¹

Frauke Burgdorff, Karl-Heinz Imhäuser, Pädagogische Architektur Schulbau und Pädagogik. Bildungslandschaften neu reflektieren, in: Schule NRW 09/10, S. 440

¹² Montag Stiftungen Jugend und Gesellschaft/ Urbane Räume, Pädagogische Architektur, Bonn 2010, S. 1

¹³

Deutscher Städtetag (Hrsg.), Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung, Berlin/Köln 2013, S. 6